GESINE SCHWAN

Montesquieu und die Stabilität der deutschen Demokratie

I. Hat sich die deutsche Demokratie bewährt?

1. Die Frage nach der Stabilität der Demokratie

Die jüngsten Ereignisse in Sachsen, beunruhigende Umfragen über die Zunahme rechter Gewalt, offensiv revisionistische Propaganda in Bezug auf den Nationalsozialismus haben bei vielen die beunruhigende Frage ausgelöst, ob die so oft als gelungen und stabil bezeichnete deutsche Demokratie gefährliche Erosionserscheinungen zeigt. Ich möchte diese Frage als Problem der deutschen politischen Kultur angehen und auf den vielleicht zentralen Beitrag Montesquieus zur Institutionenbildung des Verfassungsstaates – die Gewaltenteilung – beziehen.

Die herausragende, auch sorgenvolle Frage, der die bundesrepublikanische Demokratie im Westen seit ihrer Gründung ausgesetzt war, hieß: Wird sie Bestand haben oder wie die Weimarer Republik zusammenbrechen? Als historische Folie galt 1933 (»Bonn ist nicht Weimar!«), als theoretisches Paradigma die Stabilität des politischen Systems, die in der Regel nicht als graduelle, sondern in der Alternative »Entweder-Oder« gedacht war; dies, zumal jede reflektierte Definition von System-Stabilität Elemente der Flexibilität einschließt, deren »graduelles« Veränderungspotential deshalb nicht im Gegensatz zur Stabilität gedacht werden kann, vielmehr als deren Bedingung. Das Ende von Stabilität schien dann gekommen, wenn das politische System zusammengebrochen bzw. durch ein anderes abgelöst war. Scheinbar klare theoretische Verhältnisse...

Gemessen an ihnen hat sich die deutsche Demokratie bewährt. Sie hat sich im Westen fünfzig Jahre lang gehalten, der Gesellschaft zu unerwartetem Wohlstand verholfen, gemäß einer großen Zahl von Umfragen in der Bevölkerung auch immer mehr Zustimmung erworben. Und sie hat sich nach 1989 auf den bis dahin undemokratischen Teil Deutschlands ausgestreckt, diesen, so scheint es, ohne große Probleme integriert. Zwar zeigen jüngste Untersuchungen – die allerdings im wesentlichen nicht Gegenstand meiner Interpretation sein sollen –, daß die Bevölkerung, insbesondere, aber nicht nur, in den neuen Bundesländern, immer pointierter eine Kluft zwischen nach wie vor bejahter Norm und der Wirklichkeit der deutschen Demokratie moniert. Aber an ihren Zusammenbruch im bisher bekannten Schema denkt wohl kaum einer in Deutschland.

Dies ist um so bemerkenswerter, als die Arbeitslosenzahl die Fünfmillionenhöhe erreicht hat. Die hohe Zahl der Arbeitslosen aber war traditionell *der* Faktor, dem als erstem das Ende der Weimarer Republik und der Aufstieg des Nationalsozialismus zugerechnet wurden. Offenbar hat die Hoffnung der demokratiethoretischen sog. InstitutionalistInnen nicht getrogen, daß man nach dem Ende einer Diktatur schnell und beherzt demokratische Institutionen einführen solle und dann, möglichst flankiert durch ökonomischen Wohlstand, soziale Sicherheit und internationale Integration (z. B. Westdeutschlands in die EWG), auf »Eingewöhnung« der Gesellschaft in die Demokratie bauen könne.¹

In diesem Sinne ist der Aufbau der deutschen Demokratie also gelungen. Sie ist kein Gegenstand der Sorge mehr. Unkenrufe haben sich als falsch erwiesen. Schwierigkeiten gibt es natürlich, wie immer in der Politik, aber sie weisen nicht auf ein Defizit der deutschen Demokratie hin. So könnte man schließen.

2. Die Frage nach der Qualität der Demokratie

»Um jedoch die politische Freiheit zu verlieren, genügt es, sie nicht festzuhalten, und sie entflieht« – diese Mahnung hat uns Alexis de Tocqueville ins Stammbuch geschrieben. In ihrem Licht ist, so scheint mir, über die Zukunft der deutschen Demokratie noch nicht alles gesagt. Wenn es stimmt, was der große französische Liberale Tocqueville unermüdlich annimmt, dann hat man die Freiheit, den Grundstein der Demokratie, nie sicher in der Tasche. Vielmehr erfordert sie immer erneute Bemühungen, wenn sie nicht verloren gehen soll. Ein anderer Liberaler, Lord Dahrendorf, sieht ganz allgemein, nicht nur in Deutschland, die Freiheit durch einen schrankenlosen globalen Kapitalismus bedroht, der auch traditionell westlich-demokratischen Ländern die Versuchung nahelegen könnte, die neuen sozialen und moralischen (!) Probleme autoritär zu lösen. Wie man kapitalistischen Wohlstand und soziale Zusammengehörigkeit in einer *freien* Gesellschaft vereinbaren kann: In der Antwort auf diese Frage sieht Dahrendorf eine zentrale Aufgabe der gegenwärtigen Politik.

Diese beiden Ausrufungszeichen geben einen Hinweis darauf, daß die traditionelle Fragestellung nach der als »Entweder-Oder«-Alternative gedachten Stabilität der Demokratie unergiebig oder den gegenwärtigen Problemen unangemessen sein könnte. Er wird durch einen neuen Aufschwung demokratiethoretischer Bemühungen bekräftigt, die im Zusammenhang der sog. Transformationsforschung die Unzulänglichkeit dieses Paradigmas konstatieren, weil die dichotomische Fassung: »Demokratie ja oder nein« nicht präzise operationalisierbar ist, die empirische Wirklichkeit ungenau und unzulänglich wiedergibt und auch für politisch-strategische Hinweise, wo man zugunsten neuer Demokratien Prioritäten setzen sollte, zu wenig erbringt. Stattdessen scheint es angezeigt, die Qualität der Demokra-

1 Vgl. dazu etwa Lepsius, Rainer M.: Die Prägung der politischen Kultur der Bundesrepublik durch institutionelle Ordnungen, sowie Lübke, Hermann: Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart.

tie genauer unter die Lupe zu nehmen. Ein Weg dazu ist die Untersuchung ihrer politischen Kultur als Komplement zum institutionellen Verfassungsgefüge. Ohne Zweifel war Montesquieu einer der wichtigsten Ahnherren dieser Untersuchungsperspektive. Mir geht es im Folgenden darum zu prüfen, ob in der gegenwärtigen deutschen Demokratie die politisch-kulturelle Voraussetzung der von Montesquieu propagierten Gewaltenteilung zureichend vorhanden ist. Diese Voraussetzung sehe ich in Fortführung von Montesquieus »Liebe zur Gleichheit« in einem besonderen Verständnis von Liberalität, das ich im Folgenden skizzieren möchte. Sie erscheint mir einerseits von herausragender Bedeutung für die Demokratie und andererseits in Deutschland durch mentale Erbschaften durchaus belastet.

3. Demokratie und Liberalität

Liberalität bezeichnet *nicht* eine Haltung des indifferenten *Laissez-faire*, die sich für die Mitbürger und ihr Handeln erst dann interessiert, wenn es für die eigene Person von Belang ist. Im Gegenteil: Liberalität speist sich wesentlich aus einer grundlegenden Achtung und einem ebenso grundlegenden Wohlwollen gegenüber den Mitmenschen, also nicht der Gleichgültigkeit, sondern im Gegenteil einer Zugewandtheit, die Konflikte nicht tilgt oder verdeckt, sondern aushält und zu überbrücken sucht. Sie wird von der Überzeugung getragen, daß die Freiheit der privaten wie der politischen Selbst- bzw. Mitbestimmung den Grundstein der menschlichen Würde darstellt, die ich nicht nur für mich, sondern – untrennbar damit verwachsen – für alle Menschen reklamiere. Sie ist der Kompaß, der mich auch in den scheinbar unwichtigsten Situationen des Umgangs mit meinen Mitmenschen leitet. Sie schließt in der Tradition der westlichen Demokratie nicht nur das Recht auf Privatheit und auf Dissens, die ausdrückliche Verteidigung meiner Freiheit wie derjenigen der Andersdenkenden oder -handelnden ein, sondern auch den Willen zur Verständigung. Der wäre illusionär, wenn ich dafür nicht auf eine tragende Gemeinsamkeit mit den anderen baute, in allem Widerstreit von Überzeugungen und Interessen. Liberalität bedeutet daher, den anderen nicht nur als Kontrahenten, gar mißtrauisch als Feinden zu begegnen, sondern auch als Partnern, die zu überzeugen gelingen kann. Ohne einen solchen Glauben – das Wort ist absichtlich gewählt – kommt Liberalität in der Praxis nicht aus. Das hat nichts mit Blauäugigkeit zu tun und steht nicht im Gegensatz zur Kontrolle, einem anderen Grundstein der Demokratie. Denn selbst sie machte keinen Sinn, wenn man vom anderen nur das Negative, den Bruch des Gesetzes oder des Grundkonsenses erwarten könnte. Dann brauchte man gar nicht erst zu kontrollieren, man wüßte es immer schon.

So umfaßt Liberalität eine Reihe von Glaubensannahmen, Tugenden, psychischen Dispositionen und »Gewohnheiten des Herzens«, ohne die sie verdorrt: Sie glaubt an Montesquieus Liebe zur Gleichheit, also an die gleiche Würde aller Menschen (trotz aller Endlichkeit und allen Scheiterns), sie engagiert sich dafür und baut prinzipiell auf die eigene wie die Fähigkeit der anderen zu vernünftiger, auch vertrauensvoller Kooperation, zur Selbstdistanz gegenüber den eigenen Interessen und Anschauungen, zur wohlwollenden Toleranz auch im Streit. Eine liberale Person öffnet sich und allen anderen immer erneut die Chance, Einsich-

ten zu gewinnen und zu lernen. Sie lehnt Vorurteile und ungeprüfte »Einsortierungen« von Menschen ab. Sie gibt – bei allem Realismus – aus prinzipieller Überzeugung nicht auf, weil sie weiß, daß es unmöglich ist, zu einer freiheitlichen Übereinkunft zu gelangen, wenn man diese Chance von vornherein misanthropisch ausschließt, anstatt sie aktiv anzustreben.

Das klingt wie eine Sonntagsrede, ist wohl auch eine. Aber so, wie die Woche ohne Sonntag keinen Anfang hätte, kann die Demokratie auf Liberalität als ihr Prinzip nicht verzichten. Zwar ist auch hier – wie bei der Operationalisierung von »Stabilität« – demokratietheoretisch nicht präzise bestimmbar, in welchem Maße sie verbreitet sein muß und wie intensiv die Bürger ihr gemäß leben müssen, damit eine Demokratie »funktioniert«. Aber daß ohne sie die westliche, gewaltenteilige Demokratie nicht funktionieren kann, läßt sich sogar logisch belegen.

Rufen wir uns den diesbezüglichen klassischen *topos* von Montesquieu ins Gedächtnis. Über die Gewaltenteilung schreibt er in seinem großen Werk *De l'Esprit des lois*: »Dies ist die verfassungsmäßige Grundordnung der Regierung, von der wir handeln: die gesetzgebende Körperschaft aus zwei Teilen zusammengesetzt, deren jeder den anderen durch ein wechselseitiges Vetorecht bindet. Beide sind gebunden durch die vollziehende Gewalt, die es ihrerseits wieder durch die Gesetzgebung ist.

Aus diesen drei Gewalten müßte ein Zustand der Ruhe oder Untätigkeit hervorgehen. Aber da sie durch die notwendige Bewegung der Dinge gezwungen sind, fortzuschreiten, werden sie genötigt sein, dies gemeinsam zu tun.«² Montesquieu erläutert nicht, was er mit der »notwendige[n] Bewegung der Dinge« meint. Man kann seinen Optimismus entweder als Folge eines mechanistischen Weltbildes oder seines historischen Kontextes deuten, in dem die Krone einfach auf Finanzierungen des Parlaments angewiesen war. In unserer modernen pluralistischen Massendemokratie liegen die Dinge erheblich komplizierter.

Immerhin macht Montesquieu deutlich, daß die natürliche Folge der institutionellen Konstruktion von »checks and balances« die Blockade ist, wenn kein anderer intervenierender Faktor sie auflöst. Dafür gibt es zwei logische Möglichkeiten: die Erpressung der einen durch die andere Seite – was die Aufhebung des Prinzips der Gewaltenteilung bedeuten würde – oder Gemeinsamkeiten, welche die Blockade der Gegensätze überwinden. Das können z. B. gemeinsame äußere Feinde einer Gesellschaft sein. Die historische Erfahrung zeigt einerseits die Wirksamkeit eines solchen gemeinsamen Feindbildes. Sie legt aber auch die antipluralistische und antidemokratische Logik offen, die aus einer gesellschaftlichen Integration durch Feindbilder für das Gemeinwesen im Innern folgt. Dies ist mithin keine demokratische Lösung des Blockade-Problems, das sich aus dem Prinzip der Gewaltenteilung ergibt. Die originär demokratische ist vielmehr eine Gemeinsamkeit als lebendiger Grundkonsens der Bürger, der in der beschriebenen Haltung der Liberalität verwurzelt ist. Wer mithin ihre Notwendigkeit prinzipiell oder in der Praxis leugnet, gerät mit dem Grundsatz der Gewaltenteilung in Schwierigkeiten. Eben dies erleben wir seit einiger Zeit in Deutschland. Ich komme darauf zurück.

2 Montesquieu: Vom Geist der Gesetze, XI. 6., Bd. I, S. 226.

4. Historische Liberalitätsdefizite in der deutschen politischen Kultur

Zuvor scheint es mir angebracht, kurz auf die Hypothek hinzuweisen, mit der Liberalität in Deutschland belastet ist. Im 20. Jahrhundert kann man sie u. a. an drei Befunden erkennen. Der erste sind die sog. Ideen von 1914. Namhafte und repräsentative deutsche Gelehrte haben nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges den Gegensatz zwischen der »deutschen« und der angelsächsischen, westlichen Freiheit herausgestellt und dabei nicht nur das traditionelle, schon von Hegel wirkkräftig verbreitete Mißverständnis vertreten, die Angelsachsen hätten bei dem Wort Freiheit nur Atomismus, Egoismus und Materialismus im Sinn.³ Bei ihnen kommt auch deutlich zum Ausdruck, daß der Gemeinschaftsvorrang, in den die deutschen Denker »ihre« Freiheit kleiden, Abweichung, Dissens, die Legitimität von Interessenkonflikten, nicht einbezieht, sondern diskriminiert. Eine Balance zwischen Dissens und Konsens, zwischen Abgrenzung und Zugewandtheit, die von Liberalität gerade gehalten und ausgehalten wird, ist hier nicht formuliert oder gefordert. Diese »deutsche« Freiheit legt den Akzent auf autoritative oder autoritäre Gemeinwohlanordnung, nicht auf freiwillige Übereinkunft.

Ein zweites Indiz sind die bis in die sechziger Jahre reichenden Befragungsergebnisse in Westdeutschland, denen zufolge eine Mehrheit der Deutschen den Nationalsozialismus für eine theoretisch gute Sache hielt, der nur in der Praxis schlecht ausgeführt worden sei. Man kann mit guter Plausibilität vermuten, daß sich das »Schlechte« auf den Holocaust und den Krieg bezieht und das Gute auf den nationalsozialistischen Vorrang der Gemeinschaft und die so legitimierte »wohlfahrtsstaatliche« Politik. Daß auch sie von Anfang an mit der Ausschaltung von Dissens und von Gruppen der Gesellschaft (ganz zu schweigen von den kriminellen Maßnahmen der Nazis) verbunden, daß sie auch theoretisch nicht demokratisch-liberal, sondern diktatorisch und diskriminierend angelegt war, wird von den bejahenden Deutschen nicht als fundamentaler Geburtsfehler wahrgenommen. Liberalität zählt hier nicht.

Schließlich gab und gibt es analoge Befragungsergebnisse in Bezug auf das kommunistische System in der DDR. Der Kommunismus sei eine theoretisch gute, aber praktisch schlecht ausgeführte Sache gewesen, heißt es da mehrheitlich von Seiten ehemaliger DDR-Bürger. Und wieder meinen sie soziale Sicherheit, staatliche Fürsorge, ohne den – *auch* theoretischen! – Preis der Antiliberalität, die – *auch* theoretisch fundierte – Ausschaltung politischer Gegner und vielfache Verlogenheit überhaupt wahrzunehmen.

Fern liegt mir mit diesen knappen Reminiszenzen eine Diskreditierung von Gemeinwohlorientierung! Aber die beiden entscheidenden Aspekte demokratischer Liberalität: der Einbezug von als legitim erachtetem Dissens und die Konsensfindung durch die Bürger – nicht als Ergebnis staatlicher oder allgemein autoritativer Anordnung – haben in den genannten empirischen Fällen eben keinen Rang.

3 So etwa Gierke, Otto von: Unsere Friedensziele, sowie Troeltsch, Ernst: Der Kulturkrieg. Deutsche Reden in schwerer Zeit.

5. Ambivalente Folgen von 1968

Die studentische Rebellion von 1968 hat in dieser Hinsicht eine ambivalente Gestalt und ebensolche Folgen gehabt. Ihr radikaler, oft forcierter Anti-Autoritarismus zielte der Absicht nach wohl auf Liberalität, auf den Abbau duckmäuserischer Unterordnung und angemäßer, nicht gerechtfertigter Autorität. Oft übertrieb er allerdings kindisch in der naiven Illusion, eine Demokratie käme ohne Autorität aus. Vor allem aber traten viele Rebellen der Form nach ihrerseits autoritär, intolerant, ja oft inhuman auf. Inhaltliche Forderungen und formales Verhalten klafften hier weit auseinander. Übrigens zuweilen auch bei »liberalen« professoralen Kontrahenten der Rebellen. Auch sie verteidigten die liberale Demokratie – mit der Weimarer Erfahrung oder derjenigen der ersten Nazi-Jahre im Nacken und ihrerseits aufgewachsen in einer nicht gerade liberalen Mittelstandskultur – immer wieder intolerant, aufbrausend und autoritär.

Eine ganze Reihe ehemaliger 68er hat das inzwischen auch öffentlich eingeräumt. Die »Gegenseite« verfährt in der Regel weniger selbstkritisch. Dies mag eine Frage des Alters sein oder daran liegen, daß sich die Verteidigung der damals als nur »formal« attackierten liberalen Demokratie zumal nach dem Zusammenbruch des Kommunismus sachlich als richtig erwiesen hat. Andererseits gilt inzwischen auch die *communis opinio*, daß die 68er-Rebellion bei aller inneren Widersprüchlichkeit insgesamt einen Liberalisierungsschub in die deutsche Gesellschaft gebracht hat, jedenfalls in dem Sinne, daß sich Autoritäten viel mehr als früher befragen lassen und argumentieren müssen, daß Mentalitätsbestände oder Redeweisen aus der NS-Zeit nicht mehr einfach durchgehen, daß man leben und die anderen leben lassen, ihnen keine Wahrheiten mehr vorschreiben will. Dieser letzte Aspekt nähert sich oft der Indifferenz, nicht aus genereller Gleichgültigkeit, sondern weil der Glaube an überzeugende, sich auch im Leben bzw. Vor-Leben der Älteren und vor allem in der Politik ausweisende Wahrheiten drastisch zurückgegangen ist. Der alte Autoritarismus wird in der Generation der ehemaligen 68er heute oft durch einen Modus fundamentaler Selbstironie bis hin zum Zynismus ersetzt.

Eine gute Basis für Liberalität im oben genannten Sinn bietet das auch nicht, weil die Überzeugungsgrundlage für eine positive Zuwendung zum Mitbürger dabei fehlt und das Verhalten häufig privatistisch-unpolitisch wird. Vielfach werden diese Reaktion sowie die Folgen des früheren Verhaltens daher von traditionellen Gegnern und seit einiger Zeit auch von enttäuschten 68ern als »Werteverfall« beklagt und kritisiert. Dabei zeigen die letzteren häufig eine Vehemenz, die dem Verhalten von »Renegaten« gleicht und gegen die es aus der Sicht der Liberalität angezeigt erscheint, die liberalen Intentionen von '68 sowie deren liberalisierende Wirkungen gegen ihre abtrünnigen Urheber zu verteidigen.

6. Identitätsbrüche hindern Liberalität

Hier kommt ein grundlegendes Problem der deutschen politischen Kultur zum Ausdruck, das insbesondere aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts rührt und der Entwicklung von Liberalität im Wege steht. Angesichts von Nationalsozialismus und Kommunismus in Deutschland, angesichts mehrfacher Regimebrüche und damit einhergehender biographischer Brüche liegt es für viele nahe, die Rekonstruktion von Identität als biographischer *Kohärenz*, wozu das redliche Prüfen der Gründe für diese Brüche gehörte, als zu schwierig aufzugeben oder gar nicht erst zu versuchen. Stattdessen werden die eigene Biographie wie die Menschen um sich herum und die gesellschaftlichen Gruppierungen in getrennte Schubladen gepackt, deren Inhalt nichts Gemeinsames verbindet. Ehemalig und heute, Irrtümer und Einsichten, konservativ und links verbindet dann nichts mehr. Man kann eine Schublade nur öffnen, wenn man die andere geschlossen hat. Und es ist auch nicht tunlich, frühere Schubladen zu öffnen, weil darin Gefährliches lauern kann, bei sich selbst und bei den anderen. Außerdem muß man jederzeit befürchten, seinerseits von anderen einsortiert zu werden. Das ermutigt nicht gerade dazu, sich zu öffnen, sondern legt nahe, sich zurückzuziehen, gegebenenfalls Rechtfertigung im Selbstmitleid zu finden.

So wird ein Habitus von Identitätsbrüchen befördert und in eins damit von Unsicherheit, Angst, Mißtrauen, Abschottung und Unterstellung auf der einen, Rechthaberei auf der anderen Seite. Den Boden für gelassene und zugewandte Liberalität bereitet das nicht. Allenfalls für Indifferenz oder Zynismus.

7. Reformblockaden wegen mangelnder Liberalität

Eine Reihe von Verwerfungen, die insbesondere in den letzten Jahren allgemein in der deutschen Politik und Gesellschaft beklagt werden, führe ich auf diese Schwierigkeit reflektierter Identitätsbildung zurück. Erhebliche öffentliche Finanznot angesichts kraß zunehmender sozialer Diskrepanzen und der Vernachlässigung wichtiger öffentlicher Aufgaben stellt für anstehende Reformen ganz andere Anforderungen an Verständigungsbereitschaft und Gemeinsamkeit der Deutschen als zu Zeiten, da der Kuchen immer größer wurde. Die Folge sind vielfach entmutigende Blockaden.

Auffällig oft werden gegen sie institutionelle Reformen gefordert, die das System der »checks and balances« zwischen Bund und Ländern oder in den verschiedenen Subsystemen der Gesellschaft (z. B. auch in den Universitäten) zugunsten einliniger Entscheidungs- oder Anordnungsstrukturen einebnen sollen. Widerhaken oder gegenseitige Macht-Bremsen gilt es in diesem Verständnis zu überwinden, damit man die eigenen Konzepte, auch die eigenen Interessen, besser durchsetzen kann. Viele Repräsentanten der Wirtschaft, der Politik, auch der Kultur glauben nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht mehr daran, Kontrahenten überzeugen zu können, glauben nicht mehr an einen tragfähigen Grundkonsens oder *common sense*. Stattdessen streben sie nach »glatteren« Institutionen, in denen sich das

Überzeugen erübrigt. Das Stichwort heißt »Deregulierung«. Es bietet die Möglichkeit, das Gesagte kurz zu illustrieren.

Denn daß der Abbau von Unübersichtlichkeiten auf einer Reihe von Feldern der Gesetzgebung und auch im Verhältnis zwischen Bund und Ländern geboten erscheint, kann man als abwägender Zeitgenosse kaum bestreiten. Aber solche Vereinfachung impliziert in der Regel Vor- oder Nachteile für unterschiedliche soziale Gruppen, und sowohl diese Unterscheidung als auch die Regelung des unvermeidlichen Interessenausgleichs wären Gegenstand der Verständigung und praktizierter, nicht nur rhetorisch proklamierter Gemeinsamkeit. Sie ist offensichtlich nicht sehr lebendig, und das liegt m. E. nicht einfach am normalen Parteienwettbewerb oder am Versagen einzelner Politiker, auch nicht daran, daß plötzlich unser Grundgesetz zu viele »checks and balances« enthielte, sondern daran, daß die Schubkraft eines gemeinsamen Willens, eines gemeinsamen Zukunftsprojekts, überhaupt des Glaubens an politische Gemeinsamkeit unter den Eliten nicht stark genug ist, um eine Einigung unter nun schwierigeren Bedingungen zu realisieren.

II. Die Zukunft der deutschen Demokratie

Daß die deutsche Demokratie wegen mangelnder Liberalität demnächst zusammenbräche, ist nicht zu vermuten. Sie genießt genug Vertrauen in der Bevölkerung wie bei den Eliten, sie bietet einer Mehrheit in der Gesellschaft deutliche Vorteile, ihre Institutionen und ihre Einbindung in internationale demokratische Systeme sind, soweit erkennbar, stabil genug, um sie zu halten. Aber für viele ist sie häßlicher, enttäuschender, entmutigend geworden. Begeisterung oder Engagement löst sie kaum aus; Churchills Einschätzung, sie sei das schlechteste aller politischen Systeme mit Ausnahme aller anderen, wird nicht mehr als witziges Understatement, sondern als resignative Realitätsbestimmung genommen.

Das Gegenteil dessen wären Begeisterungsfähigkeit und Initiativbereitschaft, insgesamt: ein erheblich größeres Selbst-, Fremd- und Zukunftsvertrauen, derer wir als eines wichtigen »Produktivfaktors« bei der Lösung ökonomischer und sozialer Probleme dringend bedürfen. Robert Putnam hat das empirisch und demokratietheoretisch in seiner Analyse der Ursachen für die radikalen sozialen Unterschiede zwischen Nord- und Süditalien zu explizieren versucht. Die größere politische und soziale Stabilität im Norden ist demnach nicht Folge des größeren ökonomischen Wohlstands, sondern umgekehrt. Der größere Wohlstand, der seinerseits durchaus stabilisierend wirkt, rührt aus solideren, vertrauensvolleren sozialen Beziehungen, aus dem »Sozialkapital«. Es speist sich aus einer Erfahrung gegenseitiger Verlässlichkeit und *Fairneß* und gibt jene Flexibilität und Kreativität frei, auf die Reformen unter Bedingungen der Knappheit und unabwendbarer Einschränkungen wie Risiken angewiesen sind. Sonst hält man ängstlich fest, was man hat, und blockiert auf diese Weise die Anpassung an neue Herausforderungen und die Vorbereitung einer gemeinsamen Zukunft. Wenn Erneuerungsfähigkeit zum Fortbestand nicht nur eines lebendigen Organismus, sondern auch eines politischen Systems gehört – und das ist eine plausible Annahme –, dann würden politisch-kulturell begründete Blockaden auch der deutschen Demokratie langfristig schaden.

Die Deutschen können ihre historischen Hypothesen nicht einfach abwerfen und sich in eine künstliche demokratische Begeisterung flüchten. Das wäre sogar gefährlich. Aber es scheint mir wichtig, den Zusammenhang zwischen den historisch begründeten Identitätsbrüchen und einem erheblichen Vertrauensdefizit, damit einer mangelnden politischen Bereitschaft, ja Fähigkeit zur Verständigung auf Reformen in der Gegenwart zu verdeutlichen. Vielleicht entwickeln wir dann die Energie zu einem Anlauf in Sachen Liberalität und Grundkonsens, der Deutschland auch für Europa gut tun würde. Die Einsicht dazu jedenfalls könnte uns Montesquieu – mit heutigen Augen gelesen – schenken.

Literatur

- Bund deutscher Gelehrter und Künstler (Hrsg.): Die Deutsche Freiheit. Fünf Vorträge von Harnack, Meinecke, Sering, Troeltsch, Hintze. Gotha 1917.
- Dahrendorf, Ralf: Die Quadratur des Kreises. Freiheit, Solidarität und Wohlstand. In: Transit, Nr. 12, 1996, S. 5–28.
- Dahrendorf, Ralf: »Die Quadratur des Kreises. Ökonomie, sozialer Zusammenhalt und Demokratie in einem Zeitalter der Globalisierung«. Ein »Blätter«-Gespräch mit Ralf Dahrendorf. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9, 1996, S. 1060–1071.
- Dahrendorf, Ralf u. a.: Report on Wealth Creation and Social Cohesion in a Free Society. London 1995.
- Gierke, Otto von: Unsere Friedensziele. O. O. 1917.
- Gunther, Richard et al. (eds.): The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective. Baltimore und London 1995.
- Klingemann, Hans Dieter: Politische Orientierungen: Das Urteil der Bürger über das Funktionieren der Demokratie in Deutschland im Mai 1997. Wissenschaftszentrum Berlin, Manuskript, 1997.
- Lepsius, Rainer M.: Die Prägung der politischen Kultur der Bundesrepublik durch institutionelle Ordnungen. In: Ders.: Interessen, Ideen und Institutionen. Opladen 1990, S. 63–84.
- Lübbe, Hermann: Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart. In: Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin; Referate und Diskussionen. Ein Protokoll. Berlin 1983, S. 329–349.
- Merrit, Anna J. und Richard L.: Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945–1949. Urbana, Chicago und London 1970.
- Merrit, Anna J. und Richard L.: Public Opinion in Semisovereign Germany. The HICOC Surveys, 1949–1955. Urbana, Chicago und London 1980.
- Montesquieu, Charles de: Vom Geist der Gesetze. Übersetzt und hrsg. von Ernst Forsthoff. 2 Bde. Tübingen 1992.
- Noelle, Elisabeth/Neumann, Erich Peter (Hrsg.): Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1947–1955. Allensbach 1956.

- Noelle, Elisabeth/Neumann, Erich Peter (Hrsg.): *Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1958–1964*. Allensbach und Bonn 1965.
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitebread, Laurence (eds.): *Transitions from Authoritarian Rule: Prospects for Democracy*. Baltimore 1986.
- Przeworski, Adam: *Democracy and the Market: Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*. Cambridge 1991.
- Putnam, Robert D., with Robert Leonardi and Raffaella Y. Nanetti: *Making democracy work. Civil traditions in modern Italy*. Princeton, New Jersey 1993.
- See, Klaus von: *Die Idee von 1789 und die Ideen von 1914. Völkisches Denken in Deutschland zwischen Französischer Revolution und Erstem Weltkrieg*. Frankfurt am Main 1975.
- Tocqueville, Alexis de: *Über die Demokratie in Amerika*. Hrsg. v. Jakob P. Mayer in Gemeinschaft mit Theodor Eschenburg und Hans Zbinden. Zürich 1984.
- Troeltsch, Ernst: *Der Kulturkrieg. Deutsche Reden in schwerer Zeit*. Rede, gehalten am 1. Juli 1915. Hrsg. von der Zentralstelle für Volkswohlfahrt und dem Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern. Berlin 1915.